

Antrag

der Abgeordneten Dr. Madeleine Petrovic, Dr. Helga Krismer-Huber, Emmerich Weiderbauer, Amrita Enzinger

betreffend **Klares Bekenntnis zur Europäischen Union**

Am 23. Juni 2016 haben die Briten per Referendum über die EU-Mitgliedschaft ihres Landes entschieden. 51,9 Prozent stimmten laut amtlichem Endergebnis für einen Ausstieg aus der Europäischen Union, den sogenannten Brexit. Trotz zahlreicher Sonderrechte, die Großbritannien in der EU genoss, setzen sich die Befürworter mit dem Argument durch, dass die Regulierungen aus Brüssel die britische Wirtschaft lähmen würde. Die Vorteile wie der freie Zugang zum EU-Binnenmarkt wurden hier außer Acht gelassen.

Die Unsicherheit in Großbritannien in Folge des Brexits zeigt erste Auswirkungen. Die Investitionsbereitschaft der Firmen sinkt, es herrscht Stillstand beim Einstellen neuer MitarbeiterInnen. Erste Firmensitze werden verlegt, der britische Pfund befindet sich in einer Talfahrt. Großbritannien steuert auf den stärksten Konjunkturereinbruch seit der Weltwirtschaftskrise 2009 zu und das obwohl der eigentliche EU-Austritt noch ein bis zwei Jahre auf sich warten lässt.

Schon formieren sich EU-Gegner anderer Länder und spekulieren ebenfalls über Volksabstimmungen ohne sich der Folgen bewusst zu sein. Die Entscheidung der EU-Mitglieder, ein Teil dieser Gemeinschaft zu sein, darf nicht länger in Frage gestellt werden. Das gemeinsame Europa muss weiterwachsen sodass die Europäerinnen und Europäer weiter davon profitieren können.

Am 1. Jänner 1995 trat Österreich der EU bei nach vorangegangener Volksabstimmung, bei der zwei Drittel der ÖsterreicherInnen für den EU-Beitritt stimmten. Seither hat Österreich stark davon profitiert. In den letzten Jahren wurde die Mitgliedschaft sogar von durchschnittlich 71% der Bevölkerung befürwortet. Vorteile wie die Reisefreiheit, die gemeinsame Währung, die hohen Grund- und Menschenrechtsstandards, die Möglichkeit an den jeweils besten Ausbildungsstätten lernen zu dürfen, den Wohn- und Arbeitsort frei wählen zu dürfen und der freie Warenverkehr dürfen nicht aufs Spiel gesetzt werden.

2015, zum 20 -jährigen Jubiläum, konnten die zahlreiche Vorteile klar definiert werden:

- Der EU-Binnenmarkt bietet eine Riesenchance für die heimische Wirtschaft und ermöglichte in den letzten 20 Jahren eine um 63 Milliarden höhere Wertschöpfung für unser Land
- Der Export bekam einen enormen Schub durch den Abbau der Handelshemmnisse; Exportquote stieg von rund 34 % auf rund 57 %.
- Österreich wurde zum attraktiven Standort für Direktinvestitionen; ausländische Unternehmen investierten über 120 Milliarden Euro seit 1995.

- Boom durch Fördermaßnahmen wie EU-Bildungsprogramme, Regionalbeihilfen oder Forschungsförderungen
- Gemeinsame Währung bringt Vorteile im Zahlungsverkehr wodurch Preise stabiler blieben, Preisvergleiche einfacher sind und Inflation geringer ist.
- Schaffung von rund 18.500 Arbeitsplätzen pro Jahr
- Höheres Einkommensniveau für jede/n ÖsterreicherIn
- Gemeinsame Umwelt- und Klimapolitik; die Verringerung von CO₂-Emissionen, Steigerung erneuerbarer Energien sowie erhöhte Energieeffizienz sind gemeinsame Ziele, die über Grenzen hinweg wirkungsvoller angestrebt werden können
- Durch gezielte Förderinstrumente wie zum Beispiel den Europäischen Sozialfonds, investiert die Europäische Union im Bereich Beschäftigung, Soziales und soziale Integration.

Die großen Fragen von Klimaschutz bis sozialem Zusammenhalt können nur auf EU-Ebene gelöst werden. Ein gemeinsames Europa ist in einer globalisierten Welt von entscheidender Bedeutung für die Mitgliedschaften der EU. Gerade für Österreich, im Herzen Europas liegend, ist die Zusammenarbeit unverzichtbar. Nur Europa kann in Fragen der gerechten Besteuerung, Konsumentenschutz, ArbeitnehmerInnenschutz, Umwelt-, Sozial- und Qualitätsstandards ein Gegengewicht zu großen Konzernen bilden.

Wenn Europa zerfällt hätte das sehr negative Folgen für die Bürgerinnen und Bürger: tägliche stundenlange Grenzstaus, Milliardenverluste für die Wirtschaft, die Arbeitslosigkeit würde steigen und die einzelnen Nationalstaaten wären weltpolitisch ohnmächtig.

Daher stellen die gefertigten Abgeordneten folgenden

Antrag

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„Der NÖ Landtag bekennt sich klar zur Europäischen Union und zu gemeinsamen europäischen Lösungen in Angelegenheiten wie Umwelt- und Klimaschutz, Energie, sozialer Zusammenhalt, Sicherheit, Wirtschaft, Grund-, Menschen- und Freiheitsrechte.“

Der Herr Präsident wird ersucht, diesen Antrag dem EUROPA-AUSSCHUSS zur Vorberatung zuzuweisen.